

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage). Gesamthohe des Monats für den Zeitungspreis 1.00 Mark, für den Vierteljahrspreis 3.00 Mark, für den halbjährlichen Preis 6.00 Mark, für den Jahrespreis 12.00 Mark. Einzelne Nummern 30 Pfennig. In den Postämtern zu beziehen. Preis für den Auslandsendung 1.50 Mark. Druckerei: Druckerei des „Volkstimme“ in Merseburg, Große Mühlstraße 27. — Druck von P. Kramm & Co. Merseburg, Große Mühlstraße 2. — Zeitungspresse Seite 411.

Bestellungspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Zeitungskäufern und Abnehmern 60 Pfennig. In den Postämtern zu beziehen. Preis für den Auslandsendung 1.50 Mark. Druckerei: Druckerei des „Volkstimme“ in Merseburg, Große Mühlstraße 27. — Druck von P. Kramm & Co. Merseburg, Große Mühlstraße 2. — Zeitungspresse Seite 411.

Nr. 86.

Halle, Sonnabend den 8. September 1917.

1. Jahrgang.

Die Unterirdischen.

Keine andre Interessengruppe unseres Landes entzieht sich ihren Bestrebungen und Aktionen so sehr der Kontrolle der Öffentlichkeit wie die Leute von der Großindustrie. Sie lieben es nicht, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und arbeiten am liebsten verdeckt unter der Oberfläche. Man sieht nichts von ihrer Arbeit, aber man fühlt sie mehr, als man wünscht. Allerdings — auch sie können in unserer Zeit die Hilfsmittel zur Beeinflussung der Öffentlichkeit nicht entbehren, denn auch ihnen ist daran gelegen, für ihre Forderungen recht viel Volk auf die Beine zu bringen; aber auch beim Verben um die öffentliche Meinung führen sie nicht gern die eigene Flagge.

Bezeichnend für diese Wesensart der Großindustrie sind die Versuche zur Gründung einer ihr treu ergebenen Presse, von denen die weitere Öffentlichkeit freilich nur wenig erfahren hat; noch entziehen sich die Häden, die von manchen Redaktionsstühlen zu den Schriftstellern namhafter Großindustrieller führen, der öffentlichen Meinung. Aber der Fall der „Weier-Zeitung“ hat doch immerhin etwas Licht auf diese Machenschaften geworfen. Nicht das Nebenbändliche war dabei die dem Bekanntheit des Handels auf dem Wege folgende Verheimlichung, daß es sich um ein ganz harmloses Geschäft rein lokalen Charakters handelte, das mit Vorteil nicht das geringste zu tun habe.

Nur nicht bemerkbar machen! Das ist nicht etwa eine in der Kriegszeit angenommene Maxime — das war bei den Führern der Großindustrie seit jeher Grundtat. Was andere Berufsstände und Interessengruppen auf öffentlichen Kongressen und in einer weitverbreiteten Fach- und Tagespresse verhandeln und behörden, das ist bei der Großindustrie Gegenstand interner Konventionen und vertraulichster Kompromisse. So ist es heute, und so war es schon vor zwanzig Jahren.

Nur einige Erinnerungen: „Ich gebe hin, um icharf zu machen!“ jagte der nun schon lange verstorbene Stumm beim Eintritt einer Reise, die ihn an den Hof führte. Das war noch dem Schützer, der unter Carrioli betriebenen sogenannten Vernehmlichkeitspolitik in der Zeit, die von Verleumdungen zur Anhebung der Arbeiterbewegung angefüllt war; die Miturborgelange und der Zucht hausgesetzentwurf bezeichnen ihre Höhepunkte. Im Jahre 1896 führte der gleichfalls verstorbene Generalsekretär des Zentralverbandes der Industriellen Buch ein paar später von Schönlank in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichten Brief an einen in Deutschland andriemaganten, in dem esieß: „Daß wir Verleumdung endlich Kleingekrieg haben, erfüllt mich mit hoher Befriedigung.“ und der weiter schilderte, wie man den Bureaukraten Breidel, der den Reformen Verleumdung hatte erziehen müssen, den Wünschen der Großindustrie gefällig zu machen gedachte. Zugleich dachte der Brief die

enge Verbindung der Großindustriellen mit der Regierung bei der Vorbereitung der Handelsverträge auf, die so weit gegangen war, daß Regierungslente jahrelang in den Bureaus des Zentralverbandes gearbeitet hatten.

Den Civil erreichte diese unterirdische Tätigkeit der scharfmachenden Großindustriellen zur Zeit des Zucht hausgesetzentwurfs, als das Reichsamt des Innen von ihnen

12 000 Mark erbat und erhielt.

um damit die Kosten einer großzügigen Propaganda für diesen Gesetzentwurf zu decken.

Ins neuer Zeit ist der Vorfall der Bergherren vom Jahre 1909 bekannt, bei dem sich darum handelte, aus dem drohenden Bergarbeiterstreik eine Harmlosigkeit nach der Art der „weißen Salbe“ zu machen. Die Spuren dieser Tätigkeit reichten bis in die jüngste Gegenwart.

Nichts konnte dieser Klugheit ungleicher kommen als der 4. August 1911, der ihnen die schärfste Waffe gegen die Arbeiterbewegung in glatte aus der Hand rief. So laut man das Ereignis jenes Tages anderrückt und bries — bei der Großindustrie blieb man kühl. Man dachte wohl nur mit Bedauern daran, daß damit eine Entwicklung gehört und unterbrochen war, die in der Durchsicherung des Reichsvereinsgesetzes auf dem Verwaltungsverweg und in der schärflichen Streikverbotensverordnung schon zu hoffnungsvollen Ergebnissen geführt hatte. Doch nun verlor man der Zukunft. Es konnte doch nicht jeder Tag ein 4. August sein! Und im übrigen war man stets der richtigen Schmiebe am nächsten und hatte noch so manchen andern Vorprung.

Man müßte mit Blindheit geschlagen sein, wollte man nicht sehen, daß der Einfluß der Großindustrie auf das, was man umwärend die obere Regionen nennen mag, heute wieder einmal bedentlich stark geworden ist. Die

Beisetzung des Generals Gröner

ist dafür das auffallendste, aber bei weitem nicht das einzige Zeugnis. Die Hand der Großindustrie findet auch an Stellen herum, an denen man sie meistens nicht vermutet, wie die breiten Schichten des Volkes dem überhaupt die Rolle der Großindustrie im politischen Leben viel zu ausschließlich nach den reinen Arbeitgeberinteressen beurteilt. Die politische Tätigkeit der Großindustrie erstreckt sich auf ein weit größeres Gebiet und sie ist dort nicht weniger bemerkenswert als auf dem Gebiete des Arbeiterrechts. Man darf überhaupt sein, daß unter den Widerständen, auf die der Reichstag bei den Entscheidungen der letzten Wochen stieß, der Einfluß der Großindustrie nicht die geringste Rolle gespielt hat.

Es ist nichts weniger als ein Zufall, wenn wir die namhaftesten Vertreter der Großindustrie im Vordretreffen

finden. Gemeinhin nicht man das als den Ausfluß eines in jenen Streifen grossierenden Kraftmeierens zu erklären, allenfalls glaubt man es auf die fatalistischen Gesetze zurückzuführen zu wollen, die der Großindustrie aus der Kriegsgeschichte erwachsen. Man mag beides zur Kräftigung dieser Strömung beitragen, aber im Grunde ist dem Amerikanismus der Großindustrie ein andres, mehr in die Zukunft reichendes Motiv zu eigen.

Je mehr sich die Lieberzeugung festigt, daß wir nach dem Kriege zur staatlichen Organisation des Wirtschaftslebens übergehen müssen, um so nachdrücklicher bekämpft die im Dienste der Großindustrie stehende breite Schicht Gedanken. Mit philoosophischen, ethischen, rasseingemessenen Gründen rückt sie der „Gefahr“ zu Rede, einer Gefahr, die nur für die Großindustriellen besteht, denn in der Tat hat sonst niemand einen Grund, diese Entwicklung zur staatlich organisierten Wirtschaft zu fürchten, da alle dabei gewinnen und nur die absoluten Könige der großen Industrie eine Einbuße zu beargen haben. Ein Vergleichs-friede, ein Friede also, der die Erlangung von Kriegsentfädigungen ausschließt, läßt aber noch vernünftigen Ermessen gar keine andre Möglichkeit der Erneuerung des deutschen Wirtschaftslebens zur als eben die Verstaatlichung großer Industriezweige. Der

Kampf gegen den Verleumdungsfrieden und für den Gewaltfrieden mit Amerikern und Entschädigungen ist zugleich ein Kampf gegen die staatliche Wirtschaftsorganisation und für den Fortbestand der unbegrenzten Herrschaft des Industriefinanziers.

Die großindustriellen Anexionisten wären aber Loren wollten sie das eingestehen. Hier wie in jedem Falle löst es die Art ihrer Ziele nicht zu, ihre wahren Beweggründe zu nennen. Wie die Einschränkung des Koalitionsrechts gefordert wurde im Namen der „Freiheit der Arbeit“ und wie die sozialpolitische Bremse angezogen werden mußte, um die deutsche Arbeit vor dem Untergang zu retten, so sieht man jetzt den Kampf gegen den Vergleichsfrieden im Namen der heiligen Interessen des „deutschen Volkes“.

Wir aber müssen uns daran gewöhnen, die Politik der Großindustrie als eine postburchachte und großzügige Verleumdung kapitalistischer Interessen aufzufassen. Es gibt keine Interessengruppe in Deutschland, die die Abwägung ihres Handels mit größerer oder auch nur mit gleicher Umlicht wägt, wie die Führung der Großindustrie. Wie es anderwärts seine Klasse gibt, die vor der Politik der Großindustrie mehr auf der Hut sein müßte als die Arbeiterklasse.

Auch hier ist gerade jetzt ein kritischer Zeitpunkt. Die Beisetzung Gröners ist ein Symptom von Bedeutung. August Winnig.

Berständige für Berständigkeit.

Genosse Scheidemann schreibt dem „Vorwärts“: Die alldeutschen Oberbündchen machen wieder Lärm, als tausend Hunderttausende hinter ihnen. Dabei ist in der Tat das Wort am Platze: Viel Geschrei und wenig Woll! Wäre es möglich, jetzt eine einwandfreie Fählung derer vorzunehmen, die ihr Leben für die Revolutions-Verharmlichungs-Kriegsziele in die Schanzen zu schlagen bereit sind, so müßte die Gelegenheit wahrgenommen werden, um die Särmenden in einer Minderheit zu zeigen, die unbändige Berständigkeit errogen müßte.

Graf Reventlow schreibt sich Schindeln an die Finger, um den Nachweis zu führen, daß ein Berständigkeitsfriede, wie ihn die große Mehrheit des Reichstags wünscht, das Reich zu einem Archäoptium machen müßte, in dem das Volk nur noch in Not und Elend zu vegetieren vermöchte. Der Reventlow-Verharmlichungs-Frieden dagegen würde das Reich zu einem Paradies machen, in dem süße Milch und röstlicher Honig fließt.

Es lohnt nicht, die ganze Unfähigkeit des alldeutschen

Gehabens hier immer wieder aufzuzeigen. Es erübrigt sich auch, in den Spalten der sozialdemokratischen Presse immer wieder unter grüßliche Stellung

gegen jedwede Bergevalligung eines Volkes

zu präzisieren. Jeder verständige Mensch weiß, daß heututage kein Volk vergewaltigt werden kann, ohne daß gleichzeitig eine Saat ausgetreut wird, die neue Kriege zeitigen u. n. könnte es Deutschland verhängen, wenn es durch Anexionen gestärkt, durch Kriegskontributionen in Schuldverschuldung andrer Staaten gebracht, durch Beeinträchtigung in seiner politischen Selbstständigkeit entehrt würde? Deutschland würde am Tage nach dem Abbruch eines solchen entehrenden Friedens mit seinen belchmungen Schicksal den neuen Krieg beginnen, um seinen belchmungen Schicksal wieder zu häubern. Und wie Deutschland, so würde jeder andere Staat handeln, wenn ihn aufgegebenen werden öante, moogegen wir uns mit dem Aufgebot aller Kräfte nicht nimmehr drei Jahren erfolgreich gewehrt haben.

Als keinen Gewaltfrieden, sondern einen Berständigkeitsfrieden, der Dauer verpricht, weil er die Ausöhnung der Völker und deren friedliches Nebeneinanderleben ermöglicht. Der feindliche Tag nicht ausschließlich in Schuttern und wunden Zeitungen verdrängt, wer die einen in und mit dem Volke lebt, wer namentlich auch Fählung mit dem Meer und der Marine hat, der weiß, daß immer Volk zwar entschlossen ist, den letzten Sauch zur Verteidigung von Heim und Herd dranzusetzen, den letzten Tropfen Blut zu opfern, um eine Bergevalligung unres Volkes zu verhindern. Daß unser Volk aber auch bereit ist, heute einen Berständigkeitsfrieden zu schließen, der

dem entsetzlichen Massenmord ein Ende

macht und allen Ländern die Lebensmöglichkeit läßt. Allen denen aber, deren Auffassung von der Art des Friedens mit den friegerischen Ereignissen wechelt, müssen immer wieder dringend empfehlen, sich vor Augen zu führen, wie lange der Krieg noch fort-diecht

werden müßte, wenn die Lehmann-Reventlow'schen Kriegsziele erzwungen werden sollen. Darüber muß doch jeder mit sich im Klaren sein, daß vor der Erreichung dieser Ziele mindestens Italien, Frankreich und England völlig zu Boden geschlagen sein müßten. Von Japan, Amerika und allen andern Gegnern zunächst zu schweigen. Jeder Tag des Krieges kostet allein der Reichs-kasse etwa 100 Millionen Mark. Jeder Tag Krieg kostet zu viel Opfer an Leben und Strümpfen, wie etwa zu Friedenszeiten eine Wasserflutkatastrophe, bei deren Abwehr jeder Helfer sich im Grunde seines Herzens erschüttert fühlt und ein jeder sich sagt, nun müsse aber alles anders werden, um die Wiederholung eines solchen Unglücks zu verhindern. So geht es aber jetzt tagaus, tagein, seit mehr als drei Jahren.

Man rechne, wie viele Opfer an Gut und Blut noch weiter gebracht werden müßten, wenn alle unsere Gegner nacheinander auf die Knie gezwungen werden sollen! Hunderttausende blühender Menschenleben und ungeschätzte Milliarden müßten noch als Einopf geopfert werden, der Hoffnung wegen, das große Los zu gewinnen. Dieses große Los aber, gleichviel wer es gewinnt, kann nichts anderes sein als eine für die ganze Welt gemeingefährliche neue Brandbombe.

Die Propaganda für den Vergewaltigungsfrieden empfinden wir als eine grenzenlose Gewissenlosigkeit, als ein Spiel mit Leib und Leben unsres Volkes, ein Spiel um die Existenz des Deutschen Reiches.

Abgesehen von einigen Sonderlingen, wie sie häufig in allen Ländern vorkommen, will niemand im Reich einen Frieden um jeden Preis. Für einen Frieden der Verständigung aber ist zweifellos die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes. Für

einen solchen Frieden der Verständigung und gegen die Deberabopolitisch-journalistisch-schwerindustrieller, Professoren und Journalisten zu wirken, ist deshalb Pflicht jedes verständigen Menschen. Wer die Möglichkeit, zu einem Frieden der Verständigung zu kommen, erschwert, verhängt sich am Reich und am deutschen Volke.

Dem alldeutschen Schicksal gegenüber, das im Ausland fleißig kultiviert wird, erscheint es uns nachgerade bringende Pflicht der Reichsregierung zu sein, öffentlich zu erklären, daß sie damit nichts zu tun hat. Die Alldeutschen haben den neuen Reichskanzler höchst begrüßt, als er sein Amt übernommen hat. Und mehr als der Friedensdiene dienlich gewesen ist, hat der Reichskanzler bisher vernommen, von den Deberabopolitisch-journalistisch-schwerindustrieller, Professoren und Journalisten mit hörbarem Ruck abzurufen.

Er hat es bisher überhaupt leider vernommen, der Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, sich ein klares Bild zu machen von der Politik, die er zu verfolgen gedenkt. Er erklärte am 19. Juli im Reichstag, daß er keine Pläne habe, die sich im Rahmen der Reichstagsresolution nicht verwirklichen ließen. Das war ein etwas umschriebenes, aber doch deutliches Bekenntnis zu der Reichstagsresolution. Später hat er im Hauptausfluß des Reichstags gesagt, daß er sich nicht ausdrücklich an den Boden der Resolution gestellt habe. Deshalb zur Rede gestellt, hat er dann feierlich bekundet, daß er zu der Resolution stehe.

Das war kein gutes Debüt. Es war um so weniger glücklich, weil Herr Michaelis gerade auf dem Gebiet zuerst scheiterte, auf dem von ihm die größte Festigkeit und Siderheit erwartet worden war. Man konnte von ihm, der bisher sojugal nur neben dem Wagen der großen Politik mitgetragen war, keine alles bisher Erlebte über-

ragenden politischen Großtaten erwarten. Aber man hatte ihn gesehen als einen Mann von harter Geradheit, die in einer tiefen Religiosität wurzeln, als einen Mann, der zu dem Bielethor steht: „Gute Rede sei ja, so aber nein, nein, was darüber ist, ist vom Teufel.“ Und nun rief er sofort geradezu grandiose Mißverständnisse hervor, weil er sich wieder zu einem klaren Ja noch zu einem klaren Nein verstanden hatte. Wenn das etwa erste schädierte Versehen auf dem Gebiete diplomatischer Kunst sein sollten, dann ist er dabei

furchtbar entgleist.

Das bedauerlichste ist freilich, daß das klare Bekenntnis des Reichstags zu einem Verständigungsfrieden durch die Haltung des Reichskanzlers nicht wertvoller geworden ist, wenigstens für die Leute, die immer noch nicht einsehen wollen, daß in der Friedensfrage der Reichstag die Zentrale ergriffen hat und was befehlen wird. Gegen den Reichstag kann aber in Deutschland keine Zustimmung mehr Politik machen.

Sehr bedauerlich ist auch, daß der Reichskanzler auf die Frage des M. Aquino im englischen Unterhaus nach dem Schicksal Belgiens eine Antwort bisher nicht gegeben hat. Ist auch eine solche Antwort für uns nicht mehr erforderlich, so kann das Ausland doch nicht ausdrücklich genug daran erinnert werden, daß an eine Vergewaltigung Belgiens, gleichviel in welcher Form immer, nicht zu denken ist.

Mancherlei ist in der kurzen Zeit der Kanzlerschaft des Herrn Dr. Michaelis verfallen worden. In der Antwort auf die Kapitote kann manches wieder aufgemacht werden. Hoffen wir, daß es geschieht. Gegenüber der alldeutschen Deberabopolitisch ist es dringend an der Zeit, deutlich Farbe zu bekennen, des deutschen Volkes wegen und des baldigen Friedens wegen.

Was der Krieg bringt.

Den Russen auf den Fersen.

Im Osten wurden, wie der deutsche Abendbericht meldet, russische Nachhut bei Ruz-Saipen und südwestlich Witau (70 Kilometer östlich Riga) von unserer Kavallerie gefangen.

In der kurländischen Front ist, so wird ferner halbamtlich mitgeteilt, die deutsche Kavallerie durch Sturm und Wald in der Richtung auf Wenden abziehenden 12. russischen Armee auf den Fersen, während die deutsche Flotte den Riga'schen Meerbusen beherrscht. Die stündlich steigende Vortragszahl läßt die wachsende Bedeutung des großen deutschen Erfolgs bei Riga immer deutlicher erkennen.

Russischer Bericht.

Vom 5. September: Westfront: In der Gegend von Riga liefen unsere Truppen nach dem Uebergang über die litauische Ka den Rückzug längs der Küste des Riga'schen Meerbusens in nordöstlicher Richtung fort. In der großen Straße nach Plow und am Fluß erreichte der Feind bei Fortsetzung der Offensive den Aa-Uebergang bei Arant und dem Gebirg Birgenberg. 50 Bataillon nordöstlich von Riga.

Unsere Truppen, die in östlicher Richtung von Riga operieren, zogen sich unter dem Druck des Feindes auf Segewald, Lumburg, Doh und Schudran zurück.

Es wird gemeldet, daß die feindlichen Schiffe, welche am 3. September die Küste des Riga'schen Meerbusens beschoßen, Unterseeboote waren.

In der Richtung von Gagenow ist ferner der Feind fort, in der Umgebung von Gledogge Angriffe zu machen. Er bemächtigte sich zweier besterger Höhen, aber unsere Gegenangriffe verdrängten ihn von dort. Die Lage ist wieder die alte.

Vom 6. September: In der Gegend von Riga liefen unsere Truppen auf dem nördlichen Ufer der litauischen Ka fort, sich in der Richtung nordöstlich bis jenseits des Mospup-Flusses zurückzusetzen. In der Gegend der Schause nach Plow und am Ufer der litauischen Ka zog sich unsere Infanterie bis in die Gegend von Segewald und Litag 25 Bataillon südwestlich von Wenden zurück. Die östlich von Riga operierenden Truppen setzten unter dem Druck des Feindes den Rückzug nach Osten fort. Sie erreichten am Abend die Linie Klängenberg-Morkberg-Kairan-Friedrichstadt.

Auf der übrigen Front Gewehrfeuer und Erkundungstätigkeit.

Um den San Gabriele.

Der Wiener Heeresbericht meldet: Gestern vor 12 Tagen begannen die Italiener mit ihrem großen planmäßigen Angriff gegen den Monte San Gabriele. Mächtige Geschütze und Minenwerfermassen verdrängten durch viele Stunden die Feinde gegen unsere Feststellungen. Auf einem Punkte lag Zug und acht Infanterie von mindestens acht italienischen Brigaden stur. Der Berggipfel wackelte in hin und her wogenden Kämpfen mehrmals den Besitz. Aber der Jubel des nach einem sensationserfolgreichen Kampfes von verfall. Die vorerwähnte Fähigkeit unserer Truppen, gewonnen die Oberhand. Schier Gegenüber waren den Angreifer und entziffen ihm den vorübergehend gewonnenen Boden. Gestern mittig war der Monte San Gabriele wieder vollständig in unserer Hand. Abends wurde ein harter Angriff blutig abgeblieben. Italienische Truppenansammlungen im Tale ließen weitere Kämpfe in Aussicht. Deshalb von Gär, wie von Zeitungsartikeln. Auf dem Südteil der Karthago'sche bewerte die Schlacht den ganzen Tag an. Der Italiener wurde aus seinen vorersten

Graben gezogen. Unsere brave Infanterie behauptete sich in den eroberten Linien tapfer gegen alle Versuche des Feindes, seinen Widerstand durch stärke Gegenangriffe wettzumachen.

Die Zahl der am 4. und 5. September in diesem Kampfräume eingeschickten Gefangenen ist auf 160 Offiziere und über 6300 Mann gestiegen.

Triest war abermals das Ziel zweier italienischer Luftangriffe.

19500 Tonnen.

Amlich wird gemeldet: Im Atlantischen Ozean, Yermelkanal und in der Nordsee haben unsere Unterseeboote wiederum sieben Dampfer mit 19500 Bunkertregister-tonnen vernichtet, darunter die englische H. Boot-Falle N. 8 (früher englischer Dampfer „Bala“), und einen unbekanntem Dampfer von etwa 4000 Tonnen, der nach Aussehen, nach der Art der Bewaffnung und Scheinwerfer sowie nach dem gleichmäßigen Anzug der Besatzung als Hilfskreuzer angeprochen wurde, und einen englischen bewaffneten, gesicherten, tief beladenen Dampfer.

Das verführerische Dokument.

„Was sich in diesen Tagen im italienischen Volk abgespielt hat, liegt ganz im Interesse der Gegner.“ „Corriere della Sera“; er beschwört die Regierung, endlich energische Schritte zu tun, daß die Bedeutungslosigkeit der Papinote klar werde; sonst wachse sich ihr Einbruch auf die vom Aleris und den Sozialisten beherrschten breiten Massen zu einer wahren „inneren Friedensoffensive“ aus.

Auch andre Kriegsblätter erheben wilden Einspruch gegen das „verführerische Dokument“, das nach ihrer Auffassung ein „Nichtungsbericht der österreichischen Monarchie“ ist, der sich gegen den „Marsch der Kirchenrats“, d. h. Italien richtet. Die günstige Aufnahme der Papinote hat der deutschen Regierung und dem deutschen Reichstag muß als Beweis dafür herhalten, daß sie den italienischen Interessen feindlich ist.

Gerade dieser Hinweis auf die Friedensbereitschaft der Mittelmächte dürfte aber wohl aus etwas gefährlich sein, da er dem italienischen Volke zeigt, wo die Kriegsverlängerer sitzen.

Witten in der ersten Sponzo-Offensive ist es in Italien vielerorts zu leidenschaftlichen Friedenskundgebungen gekommen. Die Genur läßt zwar nicht viel darüber an die Öffentlichkeit dringen, aber gelegentlich rufen ihr doch eine solche Meinung durch die über Genua Bolonone, wo nach dem „Avanti“ einige dreißig Frauen und Jugendliche bei der Friedensdemonstration verhaftet und der Belagerungszustand verhängt werden mußte.

Der totale Teil der Mailänder und Turiner Ausgabe des „Avanti“ ist hingegen in diesen Tagen der Genur fast vollständig zum Opfer gefallen. Dort haben sich große Protestmalle abgespielt, und der Bürgermeister der sozialistisch-vermaltenen Stadt Mailand sagt in einem Manifest über seine vielen fruchtlosen Bemühungen mit Regierung und Kriegsministerium, Getreide für die Stadt zu beschaffen. Die neue Weizenerte von einer Million nur 574000 Doppelzentner ergeben. Auch in Turin mag die Stadtverwaltung durch einen Aufruf zu Ruhe und Geduld; jede Ausfuhr von Weiz, Reis und Getreide aus dem Stadtgebiet ist verboten. Die Lebensmittelkommission für die Provinz Mailand hat zunächst einen Subsidienentwurf mit gelassenen bureaukratischen Paragrafen veröffentlicht, aber daran wird man wohl auch in Italien nicht satt.

Das Kartoffelelend.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Bochum hatte der Stadtverordnete Schick bei der Beratung der Ernährungstragen, insbesondere der Kartoffellieferung seine Erfahrungen zum besten gegeben, die er als Bochumer in einem Seingemeinschaftsausschuß auf pommerischen Landgütern gemacht hat. Schick schilderte, wie hier kurz wiederholt sei, im allgemeinen die Wideripensität großer Bauern bei der Kartoffellieferung und im besonderen die Erfahrungen auf dem Rittergut Brunsen (Kreis Belgard), um zu zeigen, wie in Zukunft die Volksernährung gesichert werden muß. Die maßgebenden Stellen seien sich veranlaßt, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Vor einigen Tagen wurde nun in der „Deutschen Tageszeitung“ eine Erklärung des stellvertretenden Kommandierenden Generals Freiherrn von Bietinghoff veröffentlicht, nach der die Beschuldigungen Schicks vollkommen grundlos seien. Auch wurde die stolome Schick der Richtigkeit bei der Kartoffelaufnahme bestätigt. Schließlich wird in der Erklärung noch darauf hingewiesen, daß „solche geschäftlichen unmaßvollen Beschuldigungen die Einheit und das Vertrauen zwischen Stadt und Land aus schwerer gefährden“.

Uns wird nun aus Bochum mitgeteilt, daß Herr Schick inzwischen von einer Reihe von Landwirten, die ebenfalls Bochumer sind im Osten geholt haben, sowie von Kaufleuten einer Reihe Stadtverwaltungen Briefe erhalten habe, in denen jene Angaben voll bestätigt und um wichtige Wahrnehmungen ergänzt worden. So heißt es in einem Briefe, das entgegen dem Verbot im Oktober und November auf einem Gute, das genannt wird, gute Erftartoffeln an die Schnapsbrennerei gefahren, dort gefodet, und dann für die Schweinefütterung verwendet wurden. Auf einem Gute wurde auch Roggenstroh verfrachtet. Auf einem andern Gute wurden 200 Morgen Kartoffeln von Wildschweinen vernichtet, die ohne große Mühe hätten abgehoften werden können. Bei einer Großverwaltung hindurch Unvorsichtigkeit große Strecken Kartoffeln im Erdboden erfroren und nachher zu Schnaps verarbeitet worden. Auf einem Gute erfroren in 30 Metern die Kartoffeln. Jede Acre hatte 30 Meter Länge. Die Kartoffeln kamen dann ebenfalls in die Schnapsbrennerei. Sie mußten notwendig erfrieren, da sie nur mit 8-10 Zentimeter Erde bedeckt waren.

Das Kriegs-Ernährungsamt hat die Pflicht, diesen Behauptungen nachzugehen, um in Zukunft solchen Geheißer-Verleumdungen und solcher Nahrungsmittelvergeudung, die ein Verbrechen an der menschlichen Gesellschaft bedeutet, vorzubeugen. Durch unparteiische Zeugenvernehmung kann und muß die Wahrheit ermittelt werden. Leider sind die von Schick angebotenen Beweise nach uns gewordenen Meldungen bis jetzt nicht beachtet worden.

Mehr Heimarbeiterzuschuß.

Der Heimarbeiterzuschuß liegt in Deutschland noch sehr im argen. Das Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911 ist ein völlig leeres Rahmen gebildet; auch kaum eine der vielen Erwartungen, die an dieses nach langjähriger Vorbereitungen sozialpolitischer Kreise und mehrjähriger Reichstagsverhandlungen geschaffene Gesetz geknüpft wurden, ist erfüllt worden. Die Verhältnisse auf dem Gebiet der Heimindustrie sind schon durch die Kriegsverhältnisse wesentlich ungünstiger geworden. Zahlreiche früher nicht in der Heimindustrie tätige Personen sind ihr zugewandert. Die dadurch bedingte Entlastung der Verhältnisse ist nur insofern etwas abgeschwächt worden, als in vielen Bezirken hundert

Die Gewerbeverwaltung für die von ihr vergebenen Arbeiten eine rechtsverbindliche Festsetzung der Löhne erfolgt ist.

Der hier beschriebene Weg zeigt die Richtung, nach der hinsichtlich der Lohnverhältnisse der Schutz zu schaffen ist. Nach dem Kriege wird ein durchgreifender Seimarbeiterschutz in noch viel höherem Maße nötig sein als bisher. Die schwere allgemeine Depression, die uns nach dem Kriege, auch wenn sie nicht sofort einsetzt, wohl kaum erparat bleiben wird, muß sich in einer starken Verarmung des Arbeitersangebots in der Seimarbeit auswirken, das noch erhöht wird durch das Herabfallen breiter Schichten des Mittelstandes und das Einfröhen zahlreicher auf Zwerdienst angewiesener Arbeiterfamilien. Und auch Kriegsbeschädigte, kann man hinzufügen. Die Unerschaffenheit dieser neuen Seimarbeitenden und der Umstand, daß sie zum großen Teil die Seimarbeit nur als Zubehö zu einer Menge oder Kriegsunterstützung betrachten, verschärfen naturgemäß noch die Gefahr, die sie für das Lohnniveau in der Seimarbeit bedeuten.

Der Seimarbeiterschutz muß, wie auch in der Entschädigung des deutschen Seimarbeiters vom Januar 1911 gefordert wird, vor allem durch Hebung der oft unwürdigen, zu Ueberarbeit und gesundheitschädlicher Arbeitsweise zwingenden Löhne geleistet werden. Der Reichstag hat seinerzeit schon als eine Aufgabe der Arbeitskammern die Förderung von Vereinbarungen und Regelungen der Lohnsätze bezeichnet. Diese Vereinbarungen und Regelungen sind nach dem geltenden Recht — wie bei der Erörterung der Tarifvertragsfragen dargelegt — nicht für die einzelnen Parteien, zwischen denen ein Seimarbeitungsvertrag geschlossen wurde, bindend. Es muß daher die zwingende Geltung solcher Vereinbarungen ausgesprochen werden; weiter aber auch dort, wo aus irgendwelchen Gründen solche Vereinbarungen nicht zustande kommen, müssen Einrichtungen geschaffen werden, die solche die Parteien bindende Mindestlohnbestimmungen vorsehen. Die volkswirtschaftliche Möglichkeit derartiger Festsetzungen ist jedenfalls außer allem Zweifel. Den zur Ausdehnung der Seimarbeit drängenden Tendenzen muß die Wirkung des Lohnrechts genommen werden.

Die Seimarbeit muß weiter unter der Gewerbeaufsicht gestellt, ein durchgreifender gesundheitslicher Schutz muß geschaffen werden.

Durch solche im vorstehenden nur kurz angeführten Maßnahmen wird sicher eine erhebliche Besserung der überaus traurigen Verhältnisse in der Seimindustrie erreicht werden. Ein allgemeines Verbot der Seimarbeit kann wohl kaum in Frage kommen. Die volkswirtschaftlichen Erschütterungen würden zu schwer sein, als daß es für die nächste Zeit nach dem Kriege in Betracht käme. Nur in den Fällen muß die Verbotung der Seimarbeit verneint werden, die die Arbeiter schwere Gesundheitsbeschädigungen, z. B. Vergiftungen, im Gefolge haben können, und bei der Herstellung von Lebens- und Genussmitteln. Handelt es sich bei dem Verbot der Herstellung von Lebens- und Genussmitteln in der Seimindustrie auch nicht um eine eigentliche Arbeitergesundheitsmaßregel, sondern um eine allgemeine gesundheitsliche Forderung zugunsten der Konsumenten, so rechtfertigt sich dieses Verlangen doch aus dem innern Zusammenhang mit dem zugunsten der Seimarbeiter geforderten Verbot.

Die den Seimarbeiterschutz betreffenden Forderungen sind in den mehrfachen Beschlüssen der Seimarbeitertage niedergelegt. Sie gehen, außer der schon oben erwähnten Hauptforderung, durch staatliche Maßnahmen die Entlohnung der schrankenlosen Konkurrenz und persönlichen Willfür, der Ausbeutung der Notlage, der Unkenntnis und des sozialen Verfalls zu entscheiden, dahin: allgemeine Seimarbeiterschutz, Unterstellung unter die Gewerbeaufsicht; Durchföhrung eines gesundheitslichen Schutzes; Befreiung der Ausnahmen auf die dringendsten Fälle; allgemeine Einführung von Abrechnungsbüchern; Verpflichtung zum Ausbau von Kohnkassen; Entschädigung für unverschuldete Heiverweissung beim Hohen oder Bringen von Arbeit; Verpflichtung zur Förderung der Vereinbarungen und Regelung der Löhne in der Seimarbeit; für zu schaffende Arbeiterkammern Wählbarkeit der Angestellten der Berufsvereine in diesen; Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Seimarbeiter nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für die sämtlichen übrigen Zweige der Versicherungsversicherung.

Wehr denn je macht sich die Notwendigkeit geltend, diese Forderungen in die Praxis umzusetzen, sie nun auch endlich zu verwirklichen.

Ernteerhebung und Nachprüfung.

Durch eine im Juli d. J. erfolgte Vorberückung der Gewerbesteuer ist ein wichtiger Nebenbestandteil der diesjährige Ernte genommen. Hierfür wurde von Sachverständigen und Vertrauensleuten durch Schätzung eines Durchschnittsbetrags für jede Gemeinde unter Berücksichtigung der im Juni ermittelten Entschädigung der Ernteertrag gemeindefeindlich ermittelt. Für die sachgemäße Berücksichtigung des Gewinns ist jedoch eine sorgfältige genaue Kenntnis des tatsächlichen Ernteertrags erforderlich. Dieser kann erst nach Beendigung der Ernte festgestellt werden. Zu dem Zweck ist vom Präsidenten des Kriegsernährungsamts durch Verordnung vom 30. August bestimmt worden, daß in der Zeit vom 20. September bis 5. Oktober für jeden landwirtschaftlichen Betrieb unter Auslösung der Betriebsinhaber oder deren Stellvertreter der Ernteertrag für Brotgetreide, Getreide, Hafer und Getreidegerate in enge sorgfältig zu ermitteln und dabei gleichzeitig eine Nachprüfung der im Juni angegebenen Ernteerträge vorzunehmen ist.

Die Ernteerhebung bildet die Grundlage für die Bewirtschaftung des Brotgetreides und für alle die Verwertungsregelungen betreffenden Maßnahmen. Von ihr hängt die Verteilung der Mehl- und Getreidemenge an die Bevölkerung für die Zukunft ab, die das ihre gewöhnliche Durchföhrung für unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten der allergrößten Bedeutung ist. Die mit der Erhebung betrauten Sachverständigen ebenso wie die landwirtschaftlichen Betriebsinhaber haben daher die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Erhebung ein zuverlässiges Ergebnis liefert.

Unse Ernährung.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts, Walbow, empfing am Donnerstag Vorkonferenzen und äußerte sich über die Ausföhrung des kommenden Getreidejahres. Ein Systemwechsel in der Kriegsernährungsverwaltung ist nicht beabsichtigt. Die bisherigen Maßnahmen bleiben auch für den neuen Winter maßgebend. Die Brotgetreideverteilung ist für das ganze Jahr geordnet. Die Ausföhrung der Kartoffelernte ist befriedigend. Die Kartoffelverteilung wird erheblich besser ausfallen als im abgelaufenen Herbstjahr. Schwieriger liegen die Verhältnisse beim Futtergetreide und Viehfutter. Beim Schweine- und Rindviehbestand wird zeitig, d. h. noch vor Eintritt des Winters, an eine planmäßige Seiminderung herangetreten werden. Beim Fleisch wird dadurch eine gewisse Erhöhung der Rationen einreten. Die Aufrechterhaltung der Milch- und Butterverteilung wird besonders schwierig sein. Die Reichsstelle arbeitet an dem Ausbau von Sammelstellen zur Erzeugung der Molkeerzeugnisse. Die Versorgung mit Öl und Gemüse hat sich in letzter Zeit gebessert. Die Bekämpfung des Schleichhandels wird mit besonderem Nachdruck betrieben werden. Mit völliger Sicherheit darf erwartet werden, daß auch die Schwierigkeiten des vierten Kriegsjahrs überwunden werden.

Der falsche Absendervermerk.

Der Postenarbeiter Weber aus Solingen, der zur Partei der Unabhängigen Sozialisten gehört, hatte in einem verschlossenen Kuvert an seinen im Felde stehenden Bruder mehrere Exemplare zweier Flugblätter geschickt. Auf der Rückseite des Kuverts war als Absender vermerkt: 'Barre - Schürmann, Solingen'. Der Brief kam nicht in die Hände des Adressaten, sondern ging zurück, und zwar an den angeblichen Absender, den Barre - Schürmann. Weber wurde als wirklicher Absender ermittelt. Das Landgericht in Elberfeld als Berufungsinstanz verurteilte Weber wegen Urkundenfälschung und auf Grund des § 98 des Verleumdungsgesetzes wegen Vergehens gegen die Vertrauenswürdigkeit des Kommandierenden Generals des 7. Armee-Korps vom 27. November 1911. Diese Verurteilung ist als ein Beispiel für die Verurteilung von Absendern, wenn sie auch nur teilweise einen militärischen oder politischen Inhalt haben, ohne behördliche Genehmigung zu verbreiten. Das Landgericht befahl die Strafen für beide Vergehensarten zusammen drei Monate Gefängnis. Von der weiteren Anklage der Auslieferung zum Kampffeld wurde W. freigesprochen, weil die Strafschriften nicht in die Hände des Adressaten gelangt waren. Das Kammergericht hat jetzt das Urteil bestätigt.

Notizen.

Fliegerangriff auf Lahr und Effenburg. Am 4. September mittags bewarfen feindliche Flieger die offene Stadt Lahr mit Bomben. Zwei Personen wurden getötet, drei schwer verwundet. Der angerichtete Sachschaden ist gering. Auch Effenburg wurde dieser Tage von französischen Fliegern bombardiert.

Dänkirchen und St. Pol bombardiert. In der Nacht vom 1. zum 5. September haben deutsche Marineflugzeuge militärische Anlagen von Dänkirchen und St. Pol mit insgesamt 2300 Kilogramm Bomben angegriffen. Brände und Detonationen wurden beobachtet.

Ein Generalstabsober über den Krieg. Der Generalstab des Feldheers hat sich entschlossen, unter dem Titel 'Der große Krieg in Einzelbarstellungen' eine große Reihe von Einzelbarstellungen veröffentlicht zu lassen, die unter Vermittlung amtlichen Quellenmaterials von Männern verfaßt sind, die an den verschiedenen Kämpfen teilgenommen haben. Die Veröffentlichung ist vom Generalstab dem Reichsamt der Statistik in Obhut übergeben worden. Das erste Heft soll Mitte Oktober erscheinen.

Eine Zimmerwahl-Konferenz. In Stockholm begann am Mittwoch eine Vorbereitung der Zimmerwahlgruppe. Nach einer Proklamierung der 'Röfischen Zeitung' wurde die Konferenz durch den Bürgermeister Lindgren (Stockholm) eröffnet. Anwesend waren Vertreter aus Schweden, Dänemark, Norwegen, der baltischen Provinzen, aus Rußland, Amerika, der Schweiz, Polen, Finnland, zusammen ungefähr 30 Delegierte. In der ersten Sitzung wurden keine Beschlüsse gefaßt, sondern nur prinzipielle Erklärungen abgegeben. Die Konferenz soll eine Woche dauern. Die Verhandlungen sind geheim. Die Konferenzteilnehmer beschäftigen nach dem Bericht Rodés über die Grinnat-Affäre das Urteil der Untersuchungskommission.

Ein Telegramm Tschibis. Tschibis telegraphierte namens des Zentralkomitees der Sowjets an die englische Delegation und ersuchte die englische Delegation, die Vertretung auf der Stockholmer Konferenz zu ermöglichen, da sonst ebenso die Vertretung der andern Minderheiten, beispielsweise der Deutschen, ausgeschlossen werden könnte. Und die Vertretung aller Parteienorganisationen sei doch geradezu notwendig.

Nicht auch die Sand! Das allrussische Zentralkomitee der Gewerkschaften, welches 140000 organisierte Arbeiter vertritt, richtet einen Aufruf an die organisierten Arbeiter der Welt, in dem dienen die Arbeiter gebeten wird und die zur Kriegseindämmung und zum Wiederaufbau der Internationalen aufgerufen werden.

Die Abföhrung des Postens. Aus angeblich unterrichteten römischen Kreisen wird in verschiedenen Wätern berichtet, daß der Posten bei nur geringfügigen Modifikationen von Verhandlungen, die die Antwort des Verbandes zulassen, formell der Vordräng einer Friedenskonferenz nahe werde. Nach deren Zusammentritt oder grundsätzlicher Annahme werde er einen Waffenstillstand vorschlagen.

Irishen in Irland. In der letzten Zeit war der Verkehr zwischen Irland und England einige Tage hindurch vollkommen unterbrochen. Die Ursache soll darin liegen, daß in Irland neue Irishen ausgebrochen sind. Im übrigen sind die Arbeiter- und Soldatenräte, die sich auch in England gebildet haben, auf Befehl der Regierung innerhalb 2 Wochen aufzulösen.

Neue Großfürsten-Beschaffungen. Gleitski meldet aus Petersburg: Die Zeitungen 'Dien' und 'Kamaja Schin' veröffentlichen, daß außer dem verstorbenen Großfürsten Michael Alexandrowitsch und seiner Gattin auch Großfürst Dimitri Paulowitsch und Großfürstin Paul Alexandrowitsch wegen eines gegenrevolutionären Komplotts in Haft gehalten werden.

18 Jahre für Fritz Adler. Der 'Arbeiterzeitung' zufolge sah Kaiser Karl nach Beendigung der Richtungsbeurteilung Friedrich Adlers die durch den Obersten Gerichtshof verurteilte Todesstrafe nach. Der Oberste Gerichtshof verurteilte Friedrich Adler nunmehr zu 18 Jahren schweren Kerkers.

'Wir werden nicht nachgeben'. Dunsmans erklärte: 'Hunderterte von Zeitungsleuten und Hunderte von Politikern verschiedener Färbungen verließen eine neue Legende vom Tode der Stockholmer Konferenz zu verbreiten. Es sind das dieselben Zeitungen und dieselben Männer, die schon unzählige Male die Internationale begabten haben. Seit mehreren Monaten aber sind sie die Tatsache gewahr geworden, daß diejenigen, die sie begabten wollten, sich durchaus nicht begabten lassen, und jetzt widerföhrt ihnen in Sachen Stockholm das selbe Mißgeschick. Die Stockholmer Konferenz ist ein von der internationalen d. h. von der organisierten Arbeiterklasse unternommener Schritt. Diese aber wird nicht sterben und wird sich auch nicht in ihrer Tätigkeit dadurch behindern lassen, daß die Regierungen unsere Freunde die Käse verweigern. Die Regierungen müssen aus dem guten Grunde nachgeben, weil sie uns mehr benötigen als wir sie. Ihr Irrtum und auch der eines Teiles des Publikums besteht in dem Glauben, daß die Stockholmer Konferenz den Charakter einer Art internationalen journalistischen Gelegenheitsunternehmens besitzen. Sie trägt aber im Gegenteil den Charakter des Dauerhaften. Wenn sie vorüber sein wird, wird ihre Tätigkeit trotzdem noch immer nicht beendet sein. Die Internationale wird abdam ebenfalls an derjenigen Stelle zu finden sein, wo sich die Bevollmächtigten der Regierungen verarmen werden. In gewissen Regierungskreisen beginnt man bereits den Irrtum einzusehen, der durch die brutale Verweigerung der Käse begangen worden ist. Man sucht jetzt nach einer glücklichen Einlenkung. Ich hoffe, daß eine beratende Einigung gütigste kommt, denn wir werden nicht nachgeben.'

Für Verhaftung der Vermögenden. Der englische Gewerkschaftskongress in Liverpool hat eine Entschöpfung zur Verhaftung der Vermögenden angenommen. Die Aushebung der Vermögenden müsse der Aushebung des menschlichen Lebens vorausgehen. Die Kriegslosigen dürften nicht durch Ausübung der weniger begünstigten Massen gedeckt werden. Der Schatzkammer hat eine Verordnung unter Führung des Parlamentsmitglied Thomas empfangen, die ihm diesen Gedanken vorzuzug.

Die gegenrevolutionäre Verschwörung. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet, daß die Unterdrückung bezüglich der gegenrevolutionären Verschwörung energisch fortgesetzt wird. Man hat die Verhaftung gewisser Großfürsten ausgedacht, deren gemeinsame Verhaftung für die Organe zu gewissen manuellen Politikern. Sehr große Schwierigkeiten waren geklärt. Spuren der Verschwörung wurden nicht nur in Petersburg, sondern auch in Moskau, Kiew, Odessa und selbst in Sibirien entdeckt. Die Verhaftungen und Verhöre dauern fort.

Beute in Dünamünde.

W. Z. A. Großes Hauptquartier, 7. September 1917. (Amstlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In der flandrischen Front spielen sich zwischen dem Southpauler Wald und Solchete wieder heftige Artilleriekämpfe ab.

Morgens und abends griffen die Engländer nach hartem Trümmerfeuer unsere Stellungen nördlich der Bahn Roulers - Ypern in vier Kilometer Breite an. Nach kurzem, hartem Kampfe wurden sie überall zurückgedrängt. Der Einsatz von drei Divisionen zu diesen Angriffen, die den Feind hohe Verluste kosteten, wurde durch Gejangene befristet.

In den behaupteten Abschnitten drangen nach kräftigen Feuerstößen englische Erkundungsabteilungen vor; auch sie hatten keinen Erfolg.

Bei Lens scheiterten frühmorgens Zeilangriffe des Feindes verlustreich.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

In mehreren Teilen der Westfront und in der Champagne blieb die Kampfaktivität fastgüter lebhaft. Vorstöße geschloßten uns Gefangene ein.

Die Artilleriebeschöpfung auf dem Düster der Maas wurde bis in die Nacht hinein mit nur kurzen Unterbrechungen fortgesetzt. Unser Verteidigungsfeuer gegen erdachte Bereitstellungen von Sturmtruppen veränderte am Trossen-Wald einen Angriff der Franzosen.

Südlich von Beaumont drang ein württembergisches Regiment in die feindlichen Linien und vertrieb die Besatzung im Sandgrabenkämpf.

Starke Stoßtrupps brachen in den Courrières-Wald ein und löschten mit Gefangenen zurück.

Neun feindliche Flugzeuge wurden im Luftkampf, weitere fünf durch Abschreiter zum Absturz gebracht.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Die Rüdigungsbewegungen der Russen nördlich der unteren Düna bewerteten geteilt an. Unser Kavalleriekämpfe erfolgreich mit feindlichen Nachhuten südwestlich von Riga und bei Neu-Aitpen (70 Kilometer südlich von Riga).

Zwischen Lub-Seen und Friedrichshof hat der weitgehende Feind die Ostfronten in Brand gesteckt. Die Beute in Dünamünde beläuft sich außer viel Schießbedarf und Kriegsgüter auf 40 Geschüße, davon haben 22 größeres Kaliber als 12 Sentimeter.

Bis zum Schwarzen Meere sank keine größeren Kampfhandlungen.

Mageonische Front.

Zwischen Orinda, und Berina-Se Geckichte von Streifenabteilungen, stieß das Nordr lebhaftest Frontaufreit.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

